

# Grossrats-Kommission will Eigenstrom bei Neubauten

Die grossrätliche Energiekommission hat das revidierte Energiegesetz vorberaten – und schlägt eine gewichtige Änderung vor, die zuvor die Bündner Regierung gestrichen hatte.

von Patrick Kuoni

Ende November hat die Bündner Regierung die Botschaft zur Teilrevision des Energiegesetzes des Kantons Graubünden verabschiedet. Unter anderem will die Bündner Regierung, auch aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung, die klimaneutrale Energieerzeugung in Zukunft verstärkt mit mehr Anreizen und weniger Vorschriften steigern. «Fördern statt fordern», schrieb die Regierung dazu. Verzichten wollte sie auf die Pflicht der Eigenstromproduktion bei Neubauten. «Der Kanton Graubünden deckt als Wasserkraftkanton die Produktion von Sommerstrom bereits angemessen ab. Wir können sogar Überschusskapazitäten exportieren und fahren darum mit einer gezielten Optimierung der Stromproduktion im Winter besser», begründete Regierungsrat Mario Cavigelli (Ausgabe vom 26. November 2019). Die Regierung strich deshalb – und aufgrund negativer Voten in der Vernehmlassung – die Pflicht aus dem revidierten Energiegesetz.

## Kommission mit Ergänzungen

Anders sieht das nun aber die grossrätliche Kommission für Umwelt, Verkehr und Energie. Sie schlägt einstimmig vor, diese Pflicht ins überarbeitete Energiegesetz aufzunehmen. Sie will, dass bei Neubauten zumindest ein Teil der benötigten Elektrizität selbst erzeugt wird. «Ausnahmen sind für Gebäude an Standorten mit wenig Sonneneinstrahlung oder Minergiebauten vorgesehen», heisst es vonseiten der Kommission. «Wir wollen die Stromproduktion dort fördern, wo es Sinn macht», erklärte Kommissionspräsident Emil Müller (BDP) gestern gegenüber Radio Südostschweiz.

Die Kommission nimmt mit der Pflicht, eigene Energie zu produzieren, eine Forderung der Bündner Klimajugend auf. Diese ging in ihrem Positionspapier aber noch etwas weiter. Sie wollte, dass neu gebaute oder um-

fassend sanierte Gebäude ihren Energiebedarf zu mindestens 75 Prozent selber decken. Müller meinte dazu: «Wir setzen nicht so hohe Ziele. Am Ende müssen die neuen Gesetze auch erreicht werden können.»

Die Kommission will noch in einem zweiten Punkt eine Änderung im Vergleich zum Entwurf der Regierung vornehmen. Sie will einen Steuerabzug für Investitionen einführen, die dem Energiesparen oder dem Umweltschutz dienen. «Damit empfiehlt die Kommission dem Parlament eine Regelung, wie sie beim Bund und in zahlreichen anderen Kantonen bereits eingeführt ist», hält die Kommission in ihrer Mitteilung fest.

Eine Bestimmung, die in der Kommission eine klare Mehrheit gefunden hat, ist, dass Neubauten und Erweiterungen von bestehenden Gebäuden so gebaut und ausgerüstet werden

müssen, dass der Energiebedarf für Heizung, Warmwasser, Lüftung und Klimatisierung «dem Stand der Technik» entspricht. Diese Formulierung bringt gemäss Botschaft klarer zum Ausdruck, dass nicht darauf abgezielt wird, Null-Energie-Häuser gesetzlich vorzuschreiben, sondern dass vielmehr nur die Pflicht verankert werden soll, dem Stand der Technik entsprechend zu bauen. Energetisch über den Stand der Technik hinausgehende Bauweisen sollen mit besonderen Anreizen gefördert werden.

## Minderheit forderte mehr

Eine Kommissionsminderheit wollte noch mehr Massnahmen in die Revision des Gesetzes einflechten. Unter anderem sollten elektrische Widerstandsheizungen und elektrische zentrale Wassererwärmer bis Ende 2035 ersetzt werden, und beim Ersatz von

Wärmeerzeugern sollen mindestens 20 anstatt zehn Prozent des Energiebedarfs eingespart werden müssen. Weiter beantragte eine Minderheit der Kommission Beiträge für Ladesysteme für Elektrofahrzeuge. «Die Wirtschaft hat selber gehandelt und angefangen Ladestationen zu bauen. Dort, wo die Situation selber zum Laufen kommt, sehen wir keinen Sinn, Fördergelder zu investieren», begründete Müller die Ablehnung der Kommissionsmehrheit. Das gesamte überarbeitete Energiegesetz mit den Änderungswünschen der Kommission wurde schliesslich mit 10:1-Stimmen an den Grossen Rat überwiesen.

Unterstützung findet das revidierte Gesetz mit den Änderungen der Kommission gemäss einer Mitteilung auch bei den Dachorganisationen Wirtschaft Graubünden und dem Hauseigentümergebiet Graubünden.



Bei Neubauten: Ein Teil der Energie soll nach Meinung der Grossrats-Kommission künftig selbst erzeugt werden.

Bild Olivia Aebli-Item

## Mit Auszeit-Gästen gegen Leerstände

In der Nebensaison Betten füllen: Das ist das Ziel des Projekts Alpine Sabbatical in Prättigau und Surselva.

«Spiritualität» oder «Alp und Wald» in der Surselva, «Handwerk und Kunst» oder «Achtsamkeit» im Prättigau: Unter diesen Mottos lädt der Verein Alpine Sabbatical ab sofort Auszeitler für längere Aufenthalte in der Nebensaison nach Graubünden. Viele alpine Regionen hätten das Problem, dass es in den gästeschwächeren Monaten hohe Leerstände und wenig Einnahmen gebe, schreibt der Verein in einer Mitteilung. Das Projekt Alpine Sabbatical soll dagegen anwirken: Über die Plattform alpinessabbatical.ch können Unterkünfte in den Pilotregionen Prättigau und Surselva für einen bis drei Monate gebucht werden, ausserdem Kurse in den Bereichen Romanisch, Musik, Bergwald, Alpeinsatz und Handwerk sowie – falls nötig – lokale Coaches aus dem Gesundheitsbereich. Das Bedürfnis nach gesunder «Work-Life-Balance» nehme zu, begründet Projektleiterin Gerlinde Zuber in der Medienmitteilung das Projekt, bei dem der aus Vrin stammende Reto Solèr als Co-Projektleiter mitwirkt.

## In die Berge statt ins Ausland

Während der Fokus im Prättigau auf Burnout-Prävention und Gesundheitsvorsorge liegt, bietet die Surselva eher Programme für «Berufspausierende und urbane Aussteiger» an, aber auch für Rentner, die eine Herausforderung suchen. Möglich sind in beiden Regionen Einsätze für das Gemeinwohl. Als Beherberger mit dabei sind unter anderem die Klöster Disentis und Ilanz sowie verschiedene Private. Laut Kevin Brunold von Surselva Tourismus sieht man das Vorhaben als wichtigen Baustein auf dem Weg zu einer Ganzjahresdestination. «Sabbaticals sind in grossen Firmen gang und gäbe.» Gerade für Auslandsabbaticals gebe es einen Markt, davon wolle man etwas auf die Alpen umzulegen versuchen. «Wir sind jetzt gespannt, wie das Projekt ankommt», so Brunold. Das Patronat haben die Regionen Surselva und Prättigau/Davos inne. Kanton und Bund unterstützen es laut Mitteilung. (jfp)

# Strom, Wärme und Pellets – alles aus Waldrestholz

Der Churer Landtechnik-Unternehmer Andreas Mehli plant mit seiner Firma Gregio Energie AG bei Ilanz ein Holzgaskraftwerk. Die Umzonung für das 15-Millionen-Franken-Projekt soll im Mai vor das Stimmvolk kommen.

von Jano Felice Pajarola

Das Konzept ist ausgeklügelt. Waldrestholz aus der Surselva und anderen Regionen des Kantons wird mit der Rhätischen Bahn (RhB) nach Schnaus-Strada transportiert und bei der dortigen Umladestation gleich gehackt. Lastwagen bringen das Holz anschliessend nach Ilanz-Crappa Grossa ins Holzgaskraftwerk. Statt das Material dort zur Energiegewinnung noch feucht zu verbrennen, wird es zuerst mechanisch ausgepresst und danach mit Prozesswärme weiter getrocknet – mit jener Wärme, die anfällt, wenn bereits getrocknetes Restholz in der Vergaseranlage des Kraftwerks zu Strom verarbeitet wird.

## Baubeginn im Herbst erhofft

Mit den nun ebenfalls trockenen Holzschmitten wird anschliessend entweder die Vergaseranlage neu beschickt,

oder es wird zu Pellets verarbeitet – die dann wiederum mit der RhB zu Abnehmern in den Bündner Tälern transportiert werden.

Noch ist das System in Ilanz/Glion Zukunftsmusik – aber nicht mehr lange, wenn alles klappt wie erhofft. Denn die Firma Gregio Energie AG von Landtechnik-Unternehmer Andreas Mehli aus Chur plant genau so eine Anlage in

**Das Kraftwerk Crappa Grossa in Ilanz wäre das zweitgrösste Biomasse-Kraftwerk in Graubünden.**

Crappa Grossa, auf einem Waldstück an der Böschung unterhalb der Oberländerstrasse. Die entsprechende Teilrevision der Ortsplanung mit Rodungsgesuch liegt derzeit öffentlich zur Mitwirkung respektive Information auf; im Mai soll die für das Projekt nötige Umzonung in eine Gewerbezone vordringen. Bei einem Ja würde laut Mehli die Baueingabe folgen, im Herbst könnte dann mit der Realisierung des 15-Millionen-Franken-Vorhabens gestartet werden.

## Effizienter als verbrennen

Holzverstromung – noch ist das Prinzip hierzulande nicht sonderlich verbreitet. Bei den in Ilanz geplanten 15 Vergasern der finnischen Firma Volter werden Hackschnitzel bei niedrigem Sauerstoffgrad und hohen Temperaturen zu Gas verbrannt. Das Gas wird heruntergekühlt, von Partikeln befreit, erneut gekühlt und mit Luft vermischt,

um schliesslich einen Generator anzutreiben. Der Output: Strom und Wärme. Ein Prozess, bei dem laut Mehli «praktisch kein Dampf und kein Staub entstehen»; gleichzeitig gilt der energetische Wirkungsgrad als hoch. Das Vergasen von Holz sei wesentlich effizienter als das Verbrennen, und die Abgase seien einfacher zu behandeln, heisst es im freiwillig erstellten Umweltbegleitbericht zum Projekt. Ebenfalls verhältnismässig hoch sind allerdings die Investitionskosten, doch dank der Zusage des Bundes für eine kostendeckende Einspeisevergütung für die Dauer von 20 Jahren ist ein wirtschaftlicher Betrieb gesichert.

Mit einer installierten Leistung von 1,2 Megawatt wäre das Kraftwerk Crappa Grossa zwar etwa zwanzigmal kleiner als die Tegra in Domat/Ems, es wäre aber immer noch das zweitgrösste Biomasse-Kraftwerk Graubündens. Die Holzgas-Stromproduktion soll sich bei

4000 bis 8000 Megawattstunden jährlich bewegen. Die Abwärme würde zu 100 Prozent für die Pelletsproduktion genutzt. Die Anzahl Lastwagenfrequenzen pro Tag soll bei Vollbetrieb bei knapp neun Fahrzeugen liegen, gemäss Begleitbericht «eine überschaubare Anzahl». Und konfliktrichtige Lärmemissionen erwartet Mehli durch den Betrieb der Infrastruktur nicht.

## Sechs bis acht neue Arbeitsplätze

Ein weiterer Vorteil der Holzverstromungsanlage: Sie liefert flexible Bandenergie. Und das Wasser aus der Pressung der Hackschnitzel kann sogar für die Biogas-Produktion verwendet werden. Mehli, der unter anderem auch in Chur Projekte mit erneuerbaren Energien verfolgt, rechnet damit, dass die Ilanzer Anlage sechs bis acht neue Arbeitsplätze generieren wird; inklusive die vor- und nachgelagerten Betriebe sollen es gar rund 20 sein.